

Beschluss: Habeck in der Pflicht: Schicksal der Klimaziele hängt am Kohleausstieg

Die Bundesdelegiertenversammlung beschließt:

Der BUND fordert die Bundesregierung dazu auf, den bundesweiten Kohleausstieg 2030 umgehend zu beschließen und dabei den Pfad der Pariser 1,5-Grad-Grenze einzuhalten. Dazu gehört ganz zentral eine lineare Abschaltung der verbleibenden Kohlekraftwerke. Die Vereinbarung mit RWE zum Abbau und zur Verbrennung von 280 Mio. Tonnen Kohle und ihre gesetzliche Umsetzung sind damit nicht im Einklang. Sie darf unter keinen Umständen auf Kohlekraftwerke und Tagebaue im Osten übertragen werden. Daher ruft der BUND gemeinsam mit anderen dazu auf, weiter gegen die Abbaggerung des Ortes Lützerath und für einen schnellen Kohleausstieg in der Lausitz und in Mitteldeutschland zu demonstrieren.